

Peter Schlotter

„Demokratischer Frieden“ durch die OSZE – eine Bilanz nach 30 Jahren KSZE-Schlussakte

Als am 1. August 1975 die in Helsinki versammelten Staats- und Regierungschefs feierlich die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichneten, konnten sie nicht ahnen, dass sich 15 Jahre später die sowjetische Herrschaft in der östlichen Mitte Europas, ja die UdSSR selbst auflösen würde. Damit war das Ende der kommunistischen Ideologie als ein Gegenmodell mit universalem Anspruch zum liberal-demokratischen Kapitalismus eingeläutet. Die Hoffnungen der sozialistischen Parteiführungen, die Entspannungspolitik würde ihr System stabilisieren, ja sogar in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem „Imperialismus“ stärken, erwiesen sich als Fehleinschätzungen.

Mit der Charta von Paris im November 1990 unterschrieben alle KSZE-Teilnehmerstaaten ein Dokument, in dem genau jene Normen und Werte einer *demokratischen Friedenszone* feierlich bekräftigt wurden, welche die sozialistischen Länder zu Beginn des KSZE-Prozesses so vehement bekämpft hatten. Ganz in der liberalen Tradition, für die Immanuel Kant steht, gelten innerstaatliche Demokratie und die Achtung der Menschenrechte als eine zentrale Voraussetzung für zwischenstaatlichen Frieden. Ergänzt wird diese Bedingung durch zwei weitere: Internationale Organisationen ermöglichen die gewaltfreie Regelung von Konflikten zwischen den Staaten, und wirtschaftliche Interdependenzen fördern auf allen Seiten das Interesse, Handel und Wohlfahrt militärischer Macht- und Kriegspolitik vorzuziehen.

Im Folgenden gehe ich der Frage nach, welche Rolle eine internationale Institution wie die KSZE als ein Teil der „Triade des demokratischen Friedens“ bei der gewaltlosen Überwindung des Ost-West-Konflikts gespielt hat und worin die Bedeutung der heutigen OSZE für die friedliche Regelung zwischen- wie innerstaatlicher Auseinandersetzungen und die Ausbreitung der Demokratie liegt.

Der KSZE-Prozess und die Überwindung des Ost-West-Konflikts

Der KSZE-Prozess war eine Art „institutionalisierter Dauerdialog“, in dessen Folge die sozialistischen Länder ab Mitte der achtziger Jahre immer mehr westliche Normen übernahmen. Die sowjetische Führung und ihre Verbündeten im Warschauer Pakt, die unter dem Druck von Bürger- und Menschenrechtsbewegungen standen, akzeptierten schrittweise zentrale Elemente der Idee des „demokratischen Friedens“.

Die ursprüngliche Idee der KSZE ging in eine ganz andere Richtung. Mit der Schlussakte von Helsinki 1975 hatten die Mitglieder der beiden Allianzen und die neutralen Staaten in Europa Normen und Regeln für die Austragung des Ost-West-Konflikts mit friedlichen Mitteln vereinbart. Sie richteten die KSZE ein, um sowohl *gemeinsame* (die Minderung der tendenziell selbstzerstörenden Konsequenzen der nuklearen wie konventionellen Rüstung) als auch *gegensätzliche* Interessen (vor allem in der Interpretation der Menschenrechte) zu realisieren. Grundlage der KSZE-Vereinbarungen war ein Tauschgeschäft: Die westlichen Staaten kamen dem Interesse der Sowjetunion und ihrer Verbündeten an einer politischen und völkerrechtlichen Anerkennung der territorialen Nachkriegsordnung nach. Als Gegenleistung erhofften sie sich, die sowjetische Außenpolitik in Verhaltensnormen und Regeln einzubinden, um so mehr Transparenz und „Erwartungsstabilität“ zu erhalten. Außer über die KSZE-Vereinbarungen im Dekalog und in den drei „Körben“ sollte dies besonders über die Achtung der Menschenrechte erreicht werden. Man ging von der Annahme aus, dass eine innere Liberalisierung der kommunistischen Regime sich auch auf ihr außenpolitisches Verhalten auswirken und damit Entspannung und friedlichen Konfliktaustrag befördern würde.

Die sozialistischen Staaten hatten sich mit der Schlussakte auf ein Normensystem eingelassen, das – bei aller diplomatischen Vagheit der Formulierungen im Einzelnen – in seiner Grundstruktur, insbesondere was die Menschenrechte und Grundfreiheiten anging, im westlich-liberalen Wertehorizont angesiedelt war. Ost und West konnten sich darauf einigen, weil es – auf Grund der Herkunft der liberalen und der sozialistischen Ideen aus der Aufklärung – eine hinreichende Schnittmenge für gemeinsame programmatische Erklärungen gab, deren *Umsetzung* nur unterschiedlich interpretiert wurde. Die kommunistischen Parteiführungen glaubten, sie könnten mit den Normen und Regeln der Schlussakte taktisch umgehen. Wenn es Probleme gäbe, würden sie diese notfalls mit Gewalt unter Kontrolle halten. Indem sie anerkannten, dass innergesellschaftliche Verhältnisse legitimer Gegenstand von KSZE-Verhandlungen sein dürften, ließen sie sich jedoch in einen Dialog über ihre eigene Staatsform ein. Hier konnten ihre Argumente aber nicht überzeugen, weil ihre Implementierung der KSZE-Vereinbarungen, insbesondere bei der Achtung der Menschenrechte und politischen Grundfreiheiten, deren *Wortlaut* in der Regel widersprach. Außerdem konnten sie keine konsistente Gegenstrategie gegen die westliche „Diskurshegemonie“ entwickeln, weil sie dann darauf hätten verzichten müssen, auf dem Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ zu beharren.

Sofort zu Beginn des KSZE-Prozesses wurden die „*Helsinki Monitoring Groups*“, die sich nach 1975 gebildet hatten, massiv verfolgt. Da jedoch die Debatte über Menschenrechte über die KSZE-Vereinbarungen internationalisiert worden war, gelang es nicht vollständig, jede kritische innergesellschaftliche Diskussion zu unterdrücken. Die westlichen Medien sorgten dafür, dass die Forderungen der östlichen Bürgerrechtsbewegungen eine weite

Verbreitung fanden und – was noch wichtiger war – in die westliche KSZE-Politik, insbesondere der USA, eingingen. Die osteuropäischen Menschenrechtsgruppen hatten somit über die KSZE einen Transferkanal in die für gesellschaftliche Initiativen offenen westlichen Demokratien. Diese wiederum – und hierbei waren die Vereinigten Staaten mit ihrer starken Emigrantenlobby an vorderster Stelle – konfrontierten auf den KSZE-Konferenzen die sozialistischen Staaten mit den Forderungen der Dissidentengruppen.

Nach dem Amtsantritt Michail Gorbatschows 1985 begann die neue sowjetische Führung eine Politik der inneren Reform, die auch den Verbündeten – soweit es deren Führungen wollten – mehr Spielräume eröffnete. Dies ist eine Bestätigung der liberalen Theorie, nach der zwischenstaatliche Kooperation erst dann zu stabilem Frieden führt, wenn auch innerstaatlich demokratische, zumindest aber rechtsstaatliche Verhältnisse herrschen – und die Sowjetunion war auf dem Wege dahin. Außerdem lässt sich feststellen, dass die Einhaltung der KSZE-Vereinbarungen entsprechend dem Grad der jeweiligen zivilgesellschaftlichen Entwicklung in den einzelnen sozialistischen Staaten und der transnationalen Vernetzung von Bürger- und Menschenrechts- sowie Friedensbewegungen, die sich in der Entspannungsperiode herausgebildet hatte, variierte. Es gab vier Varianten der Reaktion:

- a) In denjenigen Staaten, die kein Oppositionspotenzial aufwiesen, bestand kein Anlass zur Repression.
- b) In Staaten mit einer vergleichsweise dichten Kommunikation von Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen mit westlichen gesellschaftlichen Akteuren oder politischen Parteien und zugleich einer starren, reformfeindlichen Führung (wie in der DDR) wirkten die KSZE-Vereinbarungen insofern, als der Partei- und Staatsapparat sie nicht völlig missachten wollte, um die Entspannung nicht zu gefährden.
- c) Bei Ländern wie Ungarn und Polen mit einer reformbereiten Führung und/oder einer vergleichsweise starken Opposition lassen sich Anzeichen für den Erfolg der KSZE-Verhandlungen feststellen.
- d) Der KSZE-Prozess hatte eine unmittelbare Wirkung in der Sowjetunion, in der die Normen und Regeln zwar nicht im Kontext einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft aufgenommen wurden, aber in der die neue politische Führung seit 1985 – oft ausdrücklich mit Bezug auf die KSZE – den Versuch machte, deren Normen innerstaatlich und innergesellschaftlich einzuhalten und von „oben“ durchzusetzen.

Wenn Gorbatschow sein Reformprogramm realisieren wollte, konnte er auf die westlichen Menschenrechtsforderungen nicht mehr nur mit taktischer Rücksichtnahme reagieren. Aber auch in Ungarn und Polen sowie (auf Grund der spezifischen deutsch-deutschen Situation) in Ansätzen auch in der DDR führte das Zusammenspiel von westlichen Regierungen (vor allem der amerikanischen), innerstaatlicher Opposition und nichtstaatlichen, sich transnatio-

nal vernetzenden Gruppen dazu, dass die Partei- und Staatsführungen innergesellschaftlich und auf der internationalen Ebene der KSZE-Konferenzen zunehmend in die Defensive gerieten. Sie kamen immer mehr unter Druck, die Praxis der Innen- und Gesellschaftspolitik mit ihren bisher nur deklaratorischen Erklärungen, die KSZE-Vereinbarungen würden von ihnen eingehalten, kompatibel zu machen. Als weiterer Faktor kam hinzu, dass die „menschlichen Kontakte“ im Rahmen des KSZE-Prozesses eine Eigendynamik entwickelt hatten. Die wirtschaftliche Überlegenheit und der politische und soziokulturelle Pluralismus der westlichen Länder übten eine große Anziehungskraft auf die Bevölkerung im Osten aus, die um so stärker zur Geltung kam, je mehr sich durch die zunehmenden Kontakte Vergleichsmöglichkeiten zwischen staatlich propagiertem Selbst- und Fremdbild und der Realität ergaben. Damit wurde der Monopolanspruch der kommunistischen Partei immer mehr untergraben.

Am Ende stand die Übernahme des liberal-kapitalistischen Wertesystems durch die nur noch formal sozialistischen oder sich bereits in der Transitionsphase befindlichen Staaten des Warschauer Pakts. Auf der Kopenhagener Konferenz im Juni 1990 und ein halbes Jahr später mit der Charta von Paris legten sich alle Staaten Europas feierlich auf die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, pluralistische Demokratie, das Recht auf Eigentum sowie auf gesamteuropäische Institutionen fest und damit auf das Leitbild einer demokratischen Friedenszone.

Im Zuge des KSZE-Prozesses hatte sich gezeigt, wie wichtig die Wahrnehmung des Konflikts als eine primär gesellschaftlich und nur sekundär militärisch bedingte Auseinandersetzung für die Deeskalation war. Je mehr nämlich im Westen und bei den neutralen Staaten eine Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in den sozialistischen Ländern, insbesondere in der Sowjetunion, beobachtet werden konnte, desto mehr verstärkte sich bei ihnen die Erwartung, der Osten werde sich auch außenpolitisch nicht (mehr) militärisch aggressiv verhalten. Dies wiederum wirkte auf das eigene Verhalten zurück, das ebenfalls kooperativer wurde.

Umgekehrt konnte die sowjetische Führung beobachten, dass es unwahrscheinlich war, dass eine Militärallianz von Demokratien unter den Bedingungen wechselseitiger nuklearer Zweitschlagsfähigkeit und starker konventioneller Streitkräfte der Sowjetunion einen Angriffskrieg gegen die sozialistischen Staaten heimlich planen und durchführen würde. Dies war u.a. eine Folge der militärischen Vertrauensbildung im KSZE-Prozess bzw. in der Entspannungsperiode generell. Hierbei lassen sich ähnliche Entwicklungen wie in der menschlichen Dimension beobachten. Die östliche Seite ließ sich auf dem Papier auf die westliche Transparenzforderung ein, kam wegen unzureichender Implementierung unter Rechtfertigungsdruck und adaptierte über die Kontakte mit westlichen Wissenschaftlern und den Einfluss transnationaler Friedensgruppen schließlich die Position des früheren Gegners. Damit wurde eine Art „Grundvertrauen“, eine grundsätzliche wechselseitige Erwartungs-

stabilität, geschaffen. Dabei zeigte sich ein sich selbstverstärkender Mechanismus: Je weiter die Wahrnehmung wechselseitiger Bedrohung abnahm, desto mehr erleichterte dies Demokratisierungsprozesse im Osten, die schließlich zur Aufhebung des gesellschaftlichen Systemgegensatzes und damit zur friedlichen Beendigung des Ost-West-Konflikts führten. Es zeigte sich jedoch schnell, dass damit nicht sofort der Weg zu einer demokratischen Friedenszone geebnet worden war.

Die Ausbreitung des demokratischen Friedens und die Dienstleistungsfunktion der OSZE in den 1990er Jahren

Nach der Theorie des demokratischen Friedens regeln stabile Demokratien ihre Konflikte untereinander friedlich; solange sie sich jedoch in einer Übergangsphase befinden, in der noch nicht sicher ist, ob Staat und Gesellschaft sich wirklich demokratisch entwickeln, steigt die Gefahr innerer wie äußerer Gewaltanwendung. Vor allem das demokratische Selbstbestimmungsrecht, das sich vielerorts als nationales, oft ethnisch gebundenes entpuppte, wirkte als Sprengsatz für die Staatenordnung im Osten Europas und führte zum Zerfall der Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien. Damit rückte insbesondere auf dem Balkan und im Kaukasus der Krieg wieder auf die Tagesordnung der europäischen Politik – die darauf überhaupt nicht vorbereitet war.

Im Überschwang der Hoffnung auf ein demokratisches und friedliches Europa, wie sie sich in der Pariser Charta manifestierte, sollte die KSZE eine zentrale Rolle bei der Neugestaltung der gesamteuropäischen Sicherheit spielen. Dem diente die Umwandlung in eine Organisation mit ständigen Institutionen zur Regelung der Konflikte, die mit der – wie man glaubte nur vorübergehenden – Phase der Instabilität im postkommunistischen Raum verbunden waren. Als die Auseinandersetzungen um Staatszerfall und -neubildung gewaltsam eskalierten, hatte die OSZE weder die Macht noch das Instrumentarium, um darauf erfolgreich reagieren zu können. Sie kann nur so handlungsfähig sein, wie es ihre Mitgliedstaaten zulassen. Die westlichen Staaten aber waren nicht bereit, einer *inklusiven* Organisation zu viel Macht zu geben, in der Staaten, in denen der Demokratisierungsprozess stockt oder in denen innere Kriege geführt werden, Mitsprache haben. Dieser Grundsatz galt vor allem dann, wenn es um die Frage ging, ob in gewaltsame Konflikte mit wirtschaftlichen Sanktionen oder unter Umständen mit militärischer Macht eingegriffen werden sollte. Hierfür ist die OSZE weder von ihren Ressourcen noch von ihren Entscheidungsverfahren her geeignet, haben doch diejenigen Länder, in denen interveniert werden soll, eine Vetomöglichkeit. Die OSZE, deren Vorgängerin noch die „großen Fragen“ der Ost-West-Konfrontation debattiert hatte, wurde daher schnell von *exklusiv demokratischen*

internationalen Institutionen, wie die NATO und die EU, an den Rand gedrängt.

So war die Entsendung der Kosovo-Verifizierungsmission im Herbst 1998 eine Entscheidung, die nicht von den OSZE-Gremien, sondern vom US-Abgesandten Richard Holbrooke und Slobodan Milošević kurzfristig getroffen worden war und deren Scheitern angesichts der Konfliktlage, des Mandats und der mangelnden Ressourcenausstattung nicht verwundern konnte. Wie bereits zuvor in Bosnien (nach dem Dayton-Abkommen, bei dessen Abschluss die OSZE ebenfalls keine Rolle gespielt hatte) wurde sie ab dem Sommer 1999 auch im Kosovo *nach* der militärischen Intervention in eine arbeitsteilige Struktur eingegliedert, in der die NATO (bzw. seit kurzem die EU) den militärischen Schutz übernimmt, die EU für den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Aufbau verantwortlich ist, die Vereinten Nationen sich um die Rückkehr der Vertriebenen kümmern und sie selbst für den Aufbau eines Rechtsstaats und demokratischer Strukturen zuständig ist. Diese Arbeitsteilung ist angesichts knapper Finanzmittel und zur Vermeidung von Doppelarbeit und Konkurrenz gewiss sinnvoll. Sie war aber nicht das Resultat eines Beschlusses, der maßgeblich im OSZE-Kontext verhandelt wurde, sondern letztlich von Entscheidungen in der NATO und der EU, die die OSZE dann nachvollzog.

Diese „Dienstleistungsfunktion“, die die OSZE im Rahmen der Friedenskonsolidierung nach einem kriegerischen Konflikt, der durch eine auswärtige Intervention beendet wurde, wahrnimmt, übt sie letztlich auch in den Fällen aus, in denen sie sich autonom für präventive oder konfliktnachsorgende Aktivitäten entscheidet. Die größte Wirkung der Arbeit der Feldmissionen oder des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) tritt dann ein, wenn innergesellschaftlich in den betreffenden Staaten die Bereitschaft vorhanden ist, sich der Hilfe und Unterstützung der OSZE auch zu bedienen, *und* wenn dieses Interesse durch die Aussicht auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union begründet und unterfüttert wird. Wie die Arbeit des HKNM in den baltischen Staaten zeigt, hatten seine Vorschläge immer dann eine größere Chance, akzeptiert zu werden, wenn sie von der EU in ihre Konditionierungspolitik während der Beitrittsverhandlungen eingebracht wurden. Auch gehen die Berichte von OSZE-Missionen über die Menschenrechtssituation in einem Land und die OSZE-Wahlbeobachtungsberichte regelmäßig in die Fortschrittsberichte ein, die die EU-Kommission im Rahmen der Assoziationspolitik oder seit neuestem der Europäischen Nachbarschaftspolitik über die Beitrittskandidaten verfasst. Wo es um das frühzeitige Erkennen von Eskalationsgefahren und die Prävention von gewaltsamen Auseinandersetzungen sowie um die Friedenskonsolidierung nach Kriegen geht, ist daher das Wirken der OSZE insgesamt als positiv zu bewerten, vornehmlich aber nur unter der Bedingung, dass starke Akteure wie die EU ihr im Hintergrund den Rücken stärken.

In den Ländern, die auf absehbare Zeit nicht oder voraussichtlich niemals die Chance haben, als Mitglied in die Europäische Union aufgenommen zu werden, bewegt sich die OSZE auf schwierigem Gelände und eine Bilanz ihrer Arbeit ist schwer zu erstellen. Wenn ein Konflikt nicht ausbricht, so ist die Vermutung, dies sei eine Folge des präventiven Wirkens der OSZE, nur selten im Einzelnen belegbar. Naturgemäß findet die Arbeit der Konfliktprävention im Stillen statt. Öffentlichkeit würde die Vertraulichkeit stören, die bei so komplexen Konflikten notwendig ist, bei denen es oft auf „Gesichtswahrung“ ankommt. Weiter ist es kaum möglich, den Erfolg von Kommunikations- und Lernprozessen zu messen; ihre Wirkung entfaltet sich erst in Jahren, oft Jahrzehnten. Selbst wenn sich der Einfluss von außen auf Entscheidungen von Parteien in Konflikten beobachten lässt, ist es ungemein schwierig, den Anteil z.B. der OSZE daran zu bestimmen, wenn noch andere Organisationen wie die Europäische Union oder die Vereinten Nationen oder auch einzelne Staaten tätig sind.

Da in diesen Fällen der Anreiz der in Aussicht gestellten EU-Mitgliedschaft fehlt, der in der Regel dazu führt, dass sich politische Führungen auf die Unterstützung des Transitionsprozesses oder die Vermittlung bei internen wie zwischenstaatlichen Konflikten durch die OSZE einlassen, hängt ihre Wirkung entscheidend von der Bereitschaft von Politik und Gesellschaft in diesen Ländern ab, sie auch zu nutzen. Einer Regelung der zahlreichen Konflikte im Kaukasus, in Zentralasien und in Moldau ist die OSZE bisher auf Grund dieser dort nicht gegebenen Bedingungen nicht näher gekommen, und die Chancen, mit Projekten zur Demokratisierung sowie zum Aufbau eines Rechtsstaats und einer Zivilgesellschaft Erfolge aufzuweisen, sind ebenfalls deshalb und auf Grund der Langfristigkeit der Perspektive sehr schwer abzuschätzen. Die Arbeit der OSZE wird dabei zusätzlich dadurch erschwert, dass sie aus Mangel an Anreizeboten oder Drohmöglichkeiten letztlich darauf angewiesen ist, allein über Dialogpolitik *inhaltlich* überzeugend zu wirken. Die Haupthoffnung besteht – in Analogie zum Erfolg des KSZE-Prozesses – darin, dass die OSZE dann von großer Wichtigkeit sein wird, wenn sich innergesellschaftliche Oppositionsgruppen gegen autoritäre Herrschaft auf sie berufen und – gestützt auf das OSZE-Normensystem – dessen Einhaltung nachhaltig einklagen. Genau dies war in den letzten Jahren in Georgien und in der Ukraine sowie – mit Abstrichen – in Kirgisistan der Fall.

Die aktuelle Krise der OSZE und ihre Zukunftsperspektiven

Die regelmäßige Wahlbeobachtung hat sich als die wichtigste Rolle herausgestellt, die die OSZE bei der Ausbreitung der Demokratie spielt. Sie hat sich damit bei den demokratischen Staaten großes Renommee erworben. Da jedoch der Weg zum demokratischen Frieden kein Königsweg ist, sondern vielfältige Widerstände und Konflikte hervorruft, ist sie gerade wegen dieser

Erfolge, die sie eigenständig und nicht allein als „Dienstleister“ erreicht hat, in die Krise geraten. Die Wahlbeobachtung durch die OSZE und ihre „umstürzlerische“ Wirkung haben neben den davon direkt betroffenen autoritären postkommunistischen Regimen vor allem Russland auf den Plan gerufen, das seine von ihm beanspruchten Einflussphären vom Westen bedroht sieht.

Ein positives Votum, Wahlen seien frei und fair abgelaufen, ist ein Eintrittsbillet in den Kreis der demokratischen Staaten und erhöht für Länder, die sich im Übergang zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie befinden, die Chancen, stärker an die EU und die NATO herangeführt zu werden. Ein negatives Urteil über den Wahlverlauf wird naturgemäß von autoritären Regimen missachtet und bekämpft. Dies gelingt ihnen aber nur, wenn es keine gesellschaftlich relevanten Gruppen gibt, die – auf das Votum einer internationalen Organisation gestützt – die Wahlfälschungen auf die innenpolitische Agenda setzen. So wurde die massive Kritik der OSZE-Beobachter am Verlauf der Wahlen in Georgien, der Ukraine und in Kirgisistan von den dortigen Oppositionsbewegungen aufgenommen und hat nicht unwesentlich zur Delegitimierung der Regierungen und zu deren Sturz beigetragen. Seitdem wird von der russischen Regierung versucht, die Kriterien für freie und faire Wahlen zu verwässern. Der inklusive Charakter der OSZE und das Konsensprinzip geben ihr dazu auch die Möglichkeit.

Außer allzu durchsichtigen Argumenten, die autoritär regierte Staaten stets gegen eine wirksame Wahlbeobachtung vorbringen und die eindeutig gegen das von allen Teilnehmerstaaten unterschriebene OSZE-Normensystem verstoßen, ist Russland in einem Punkt Recht zu geben: Das Mittel der Wahlbeobachtung wurde – ebenso wie das der Feldmissionen – einseitig nur in den ehemals kommunistischen Staaten eingesetzt, als ob es nicht auch in etablierten Demokratien Probleme mit Wahlunregelmäßigkeiten oder mit ethnischen Minderheiten gäbe. Damit wurde von Seiten Russlands der – gegenüber den Nicht-Demokratien – *hegemoniale* Charakter des Projekts der Ausbreitung des demokratischen Friedens zum Thema gemacht.

Unter normativen Gesichtspunkten betrachtet kann es nicht darum gehen, dieser Kritik nachzugeben und Wahlbeobachtung zur Farce werden zu lassen oder Langzeitmissionen mit weniger wichtigen Dingen zu betrauen. Insofern darf der demokratische Anspruch, der in den OSZE-Dokumenten niedergelegt ist, nicht verwässert werden. Die Wahlbeobachtung muss ein Stachel im Fleisch autoritärer Regierungen bleiben. Andererseits wurde die OSZE durch Russland in eine tiefe Krise gestürzt, auf die nicht nur mit der Bekräftigung von Normen und Prinzipien, sondern auch politisch reagiert werden muss. Die westlichen Staaten müssen deshalb Russland und seinen – in dieser Angelegenheit – verbündeten Staaten entgegenkommen, indem sie die bisherige Schiefelage beseitigen und dadurch die Legitimation zur Einmischung in inner- und zwischenstaatliche Auseinandersetzungen deutlich erhöhen. Sie müssen akzeptieren, dass sich die OSZE auch mit Konflikten in ihrem Be-

reich befasst, der bereits demokratisch konsolidiert, aber dennoch nicht frei von der Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen ist.

Die Krise der OSZE wird noch dadurch verschärft, dass sie in der Tat durch die Erweiterung der EU und der NATO und des damit verbundenen Stabilitätsexports in ihrer Funktion als Organisation vornehmlich zur Erweiterung des demokratischen Friedens und zur Konfliktprävention und -regelung immer weniger gebraucht wird. Wenn allerdings das Theorem des demokratischen Friedens mit seiner Zielvorstellung eines möglicherweise „ewigen Friedens“ zutrifft, dürfte sie immer mehr an Bedeutung verlieren. Zwar haben auch internationale Organisationen für Demokratien ihren Wert, um den Frieden unter ihnen zu sichern, aber dazu gäbe es in Europa wichtigere als die OSZE. Wenn sie also irgendwann einmal feierlich aufgelöst würde, weil sie für den demokratischen Frieden von San Francisco bis Wladiwostok nicht mehr nötig ist, hätte sie ihre historische Mission erfüllt.